Saarbrücken, Samstag, 16. Juli 1921

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis. Durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Anzeigenpreise: a) für Anzeigen 41 m/m Breite 1 Mk., b) für Reklamen 82 m/m 2 Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 153. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarbrücken die Geschäftsstelle Gerhardstraße Nr. 4. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2. Redaktion Nr. 68. Postscheck 50.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Eine Rede des preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald im Landtage.

Die preußische Regierung hat wiederholt mit der Reichsregierung über die Schritte zur Aufhebung der Sanktionen verhandelt und von der Reichsregierung gedrängt worden, was geschehen konnte. Trotzdem die Ausführung des Ultimatums erfolgte und wir die Verpflichtungen erfüllt haben, hat die Entente die Sanktionen nicht aufgehoben. Es geht mir den Sanktionen genau so, wie mit Oberschlesien. Die Entente dann immer nicht ebrig werden. England und Italien sind für die Aufhebung, Frankreich dagegen. Als Stützerfeld des europäischen Lebens ist lange Zeit Deutschland betrachtet worden. Mit der Reichsregierung sehen wir in den Sanktionen ein schwelendes Unrecht. Wir erwarten, daß Oberschlesien endlich der Abstimmung entgegengeführt Gerechtigkeit wird. Es ist nicht richtig, daß die Abstimmung gestoppt werden soll. Der Gedankengang ist von der Reichsregierung mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister beschlossen worden. Sie glauben wirklich nicht, wie sich es wäre, wenn ich wieder an die Stelle kommen könnte, wo ich 20 Jahre gesteht habe. (Zuruf der Sozialdemokraten: Tun Sie es doch!) Wenn Sie das Kabinett Stegerwald beseitigen oder umgestalten wollen, so steht dem nichts im Wege, ich lehne es aber ab, nachdem die Parteien nichts in dieser Art getan, einfach „die Bonzen hinauswerfen", als man der preußischen Union als Kinderspiel sahen. Die Situation hat sich durch dadurch nicht geändert, daß die Sozialdemokraten im Staatsrat, preußischen Landtage und im Reichstage sehr hart reden sind. Wir können nur mit einer breiten Koalition beschreiben. Andererseits aber dann ich nicht die Initiative zu einer Rechtsumbildung ergreifen; aber sobald die Parteien zu einer Einigung zusammen sind, werde ich keiner Regierung an dieser Stelle stehen. Auch ich bin der Auffassung, daß nach unseren Verhältnissen im Reiche nur auf der Grundlage einer breiten Koalition regiert werden kann. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum. Höhnen bei den Sozialdemokraten.)

Der Strafantrag des Oberreichsanwalts im Prozeß Dittmar-Boldt.

— Leipzig, 15. Juli. In dem Prozeß Dittmar-Boldt beantragte der Oberreichsanwalt nach ein- und zweistündigen Vortrag zuletzt schließlich eigentlich gegen beide Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 4 einer Jahren wegen versuchten Mordes. Zuerkennung mildernder Umstände. Der Oberreichsanwalt hält für erwiesen, daß die Angeklagten gemeinschaftlich in beiderlei und gewollten Zusammenwirken mit dem Kapitän Paul und mit Wehrmannschaften geschossen und die Mitangeklagte mit ihrem Zuhälter zusammen verabredet haben, um alle Zeugen der Verbrechens beseitigen und der Welt zu schaffen. Eine Notwehrlage sei nicht anzunehmen.

dz. Leipzig, 15. Juli. Das Urteil im Prozeß gegen Dittmar und Boldt wird heute Samstag 1 Uhr verkündet.

Die Trauerfeier für die ermordeten Heidelberger Bürgermeister.

fk. Heidelberg, 14. Juli. Gestern abend 6½ Uhr fand vor der Kapelle des pathologischen Instituts die Trauerfeier für den ermordeten Oberbürgermeister Wolf in Anwesenheit seiner Angehörigen, Vertretern der Stadt Heidelberg und der sämtlichen Stadtverordnetenvorsteher.

fk. Heidelberg, 14. Juli. Die Trauerfeier für den ermordeten Bürgermeister Wolf wurde heute vormittag in Anwesenheit der Witwe, der Kinder, Angehörigen und der Stadt Heidelberg, von dem Kater der Universität, den Studentenverbindungen und dem Bachverein vorgenommen.

Die Sitzung des Obersten Rates verschoben.

dz. London, 15. Juli. Die Morning Post meldet: Die englische Regierung setzte der französischen Regierung mit, daß sie die Verschiebung der Zusammenkunft des Obersten Rates bis zu der am 21. Juli erfolgten Verabredung der Reichskonferenz wünsche. Die französische Regierung schlug vor, die Verhandlungen am 24. Juli wieder aufzunehmen, nachdem die Sachverständigen die Verhandlungen zu Ende geführt hätten. Mit Rücksicht auf die kurze Frist, die auf diese Weise den Sachverständigen gewährt wurde, hat die englische Regierung die französische Regierung ersucht, die Frage erneut einer Erwägung zu unterziehen.

Freiherr v. Schön deutscher Gesandter in Warschau.

fk. Berlin, 15. Juli. Wie der „Westfälische Zeg." aus Warschau gemeldet wird, erwartet man dort den neuen deutschen Gesandten Hans Freiherr von Schön zur Uebernahme der Amtsgeschäfte. Schön war früher Mitglied der bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Berlin, zuletzt Gesandtschaftsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Wien. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Warschau, Legationsrat von Dirksen, der während der letzten Zeit der Spannung in Oberschlesien die Interessen des Deutschen Reiches mit Umsicht vertreten hat, verläßt Warschau Ende dieses Monats, um demnächst einen Ungarn Rekrut zu übernehmen.

Das neue italienische Ministerium.

Am 23. dieses Monats soll das neue italienische Ministerium sich den Kammern vorstellen und hat dieser Gelegenheit wird der Ministerpräsident Bonomi seine Programmrede halten. In solchen Programmreden und Programmen, Vorschlägen, Plänen, Anregungen und Ähnlichen aller Art hat es in letzter Zeit keinesweg gefehlt. Jeder der sich in nächster oder weiterer Zeit einmischen Ministerpräsidenten dürfte, dabei einen großen Vorrat hat, besonders Mitte und Gleichtl. Der Redner wollte natürlich die Gesetze und Verordnungen mit aller Entschiedenheit lassen und sodann die Kriegsgewinnler und die Kriegsmacher aller Art bestrafen und außerdem und dabei politische Regierungen einführen, natürlich verbeln, mit zu allen die Kriegsgewinnler in erster Linie treffen sollen. Auch Herr Bonomi wird mit neuen Projekten auftreten. Und diese werden, wie die eine Erfahrung lehrt, neben großer rebellischer Neuheit der Regierungsform einen gewissen Antisemitismus hervorrufen. Schließlich dürfte die Lage der neuen Regierung sich hinsichtlich des Problems der Staatsbahnen gestalten, die unter Giolitti bekanntlich jenen merkwürdigen Streik in Gang setzten, den der katholische Abgeordnete Cavicchi mit vollstem Recht als den revolutionärsten aller bisher dagewesenen Streiks bezeichnen konnte. Voraussichtlich wird dann, nach der Bewältigung des provisorischen Haushalts, eine Neuwahl stattfinden, die der Regierung die zum November erlauben dürfte, einige der beschlossenen Maßregeln durchführen. Mit das Schicksal des Ministeriums noch dem Wahlergebnis mit den Mehrheitsverhältnissen, was schwerlich heute eine Garantie übernehmen können.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung Bonomi wird eine Ähnlichkeit nennen, wenn normale Zeiten wären. Der Ministerpräsident hat versucht, alle großen und größeren Parteien und Gruppen zu befriedigen, mit selbstverständlicher Ausnahme der Sozialisten, Faschisten und Kommunisten. Von sämtlichen Parteien sind die Katholiken, die sozialen Demokraten und Liberalen der liberalen Richtung, die man in Deutschland als „Vernünftel-Kleinbürgerliche" bezeichnen würde, Ministern Ämter der Sonst drei Minister, wenn auch der Minister des Äußern leeren wird, der bisher leitete der beiden parlamentarischen Häuser angehörte. Nennens wille Tarrette aus dem Hause der Äußern von Comparini nach dem eine ähnlichen Veränderung der auswärtigen Politik Italiens herbeiführen können. Auch es wird, aller Voraussicht nach, in die diplomatischen Zusammenhänge keinen Vergangenen treten müssen.

Eingehenden erscheinlich könnte der Katholik Rodino als Justizminister werden, da ihm auch die Kultusangelegenheiten unterstehen, also auch die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Wieder mit dieser wichtigen Posten immer durch Katholiken-Gegner oder ausgesprochene Freimaurer besetzt. Nach die öffentlichen Arbeiten und der Ackerbau erhielten katholische Minister, nämlich den bisherigen Ackerbauminister Micheli und den Abgeordneten Mauri, den sehr bekannten früheren Direktor des Blattes „Momento" von Turin. Gewiß ist bereits in Turin eingetroffen, um sich ein in Ruhe und Muße den kommenden Ereignissen zuschauen kann.

Die griechische Offensive.

fk. Paris, 14. Juli. Nach den letzten Nachrichten, die aus Athen von der Front eintreffen, wird der griechische Vormarsch in den einzelnen Abschnitten in normalen Weise fortgesetzt. Der Feind leistet nur schwachen Widerstand. Da die türkischen Verteidigungsstellen sich in vollem Abbau von den Angangsstellungen befinden, ist das erste Treffen der letzten gegenüber Geresdeh in 2 oder 3 Tagen zu erwarten.

Aus dem Reiche.

Stegerwald an die preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat.

* Berlin, 14. Juli. Bei dem Empfang der in den Reichsrat gewählten preußischen Provinzialvertreter hielt Ministerpräsident Stegerwald folgende Ansprache:

Nachdem auf Grund der Reichsverfassung am 1. Juli die Hälfte der Reichsratsmitglieder des Landes Preußen auf von den Provinzialversammlungen bestellte Vertreter übergegangen ist, bitte ich Sie bei Ihrem ersten Zusammentreffen nunmehr der Staatsregierung herzlich willkommen. Die Stellung, die Ihnen der Reichsverfassung innerhalb des Reichsrats einräumt, ist eine in mancher Hinsicht eigenartige. Die Absicht, die der Gestaltung der Gesamtheit der Provinzialvertreter des Landes Preußen, dem zur Hälfte durch die Staatsregierung und die Provinzialverwaltungen zugewiesen lag, war in erster Linie, die reichen Kenntnisse und Erfahrungen der großen Kommunalverbände der Reichsgesetzgebung nutzbar zu machen. Das Staatsministerium war schon von jeher bemüht, die Selbstverwaltung der einzelnen Landesteile gerade auch gegenüber dem Reiche in Wirkung zu halten. Es glaubte daher der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß auch alle von den Provinzen bestellten preußischen Bevollmächtigten von dem Bedürfnis erfüllt sein werden, ein Zusammenarbeiten des Gesamtstaates zu pflegen und an dem Wiederaufbau Deutschlands nach Kräften mitzuarbeiten, darüber die späteren Generationen wieder ein glückliches Urteil zu fällen, als es bei uns Lebenden der Fall ist.

dz. Berlin, 15. Juli. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats waren zum erstenmal auch die Vertreter der preußischen Provinzen anwesend. Die vom Reichstag angenommenen Abänderungen zum Verdrängungsschädengesetz, zum Reichsnotgesetz und zum Auslandsschuldengesetz fanden die Zustimmung des Reichsrates, ebenso die Reichstagsbeschlüsse zur Novelle über die Invalidenversicherung und zum Gesetz über die Wohnungsfürsorge. Auch dem Wehrmachtsversorgungsgesetz stimmte der Reichsrat zu. Der Gesetzentwurf über die Heranziehung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt wurde vom Plenum mit 31 gegen 21, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt.

Die Polizeistunde.

* Berlin, 15. Juli. Im preußischen Ministerium des Innern haben Besprechungen mit Vertretern und Interessenten über eine Verlängerung der Polizeistunde stattgefunden. Wie bekannt, ist die preußische Regierung bereits seit einiger Zeit bestrebt, auf eine Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1919 hinzuwirken, ohne daß die Regierungen der Länder zurzeit einstimmig für. Alle wie hört, gehen die Wirtschaften bald, die Polizeistunde für Theater auf 11 Uhr abends, die Schließung der Schankwirtschaften auf 11½ Uhr nachts festgesetzt.

England.

Lloyd George und de Valera.

dz. London, 15. Juli. Gestern abend wurde von Downingstreet folgendes Kommunique veröffentlicht: Lloyd George und de Valera sind, wie verabredet, um 4.30 Uhr nachmittags in Downingstreet zusammengekommen. Sie waren allein und die Besprechung dauerte bis 5 Uhr nachmittags. Ein offener Austausch der Ansichten fand statt und die beiderseitigen Standpunkte wurden festgestellt. Die Besprechung wird heute Freitag 11.30 Uhr vormittags wieder aufgenommen werden.

Die Parlamentsauflösung verschoben.

fk. Paris, 15. Juli. Das Parlament des Südens hat vorgestern seine 2. Sitzung abgehalten. Von 25 Senatoren waren nur 10 anwesend. Im Unterhaus waren von 128 Abgeordneten nur 2 erschienen. Bekanntlich ist nach dem Gesetz des Homerale die englische Regierung berechtigt, das Parlament aufzulösen und das Regierungssystem einer Konkolonie einzuführen, wenn 14 Tage nach dem Zusammentritt die Hälfte der Parlamentsmitglieder den Eid noch nicht geleistet hat.

Da die englische Regierung Freiheit des Handelns besitzt, wurde die Auflösung verschoben in Anbetracht der augenblicklich schwebenden Friedensverhandlungen.

Rußland.

Auftreten der Cholera.

fk. Reval, 15. Juli. Nach den Sowjetblättern ist die gesundheitliche Lage in Rußland geradezu verzweifelt. Die Cholera, welche besonders in den Gegenden Rostow, Orel und Wladschki wütet, wird durch Nichtlinge verschleppt. Sie breitet sich fortgesetzt in den Gouvernements Astrachan, Samara, Saratoff und Zarizin aus.

Spanien.

Zusammentritt der Landesverteidigungskommission.

dz. Madrid, 15. Juli. Die Landesverteidigungskommission ist unter dem Vorsitz des Königs zusammengetreten. Der Sitzung wohnten General Weyler und andere hochgestellte Persönlichkeiten bei.

Verschiedene Meldungen.

Die Tagung der Frauenliga.

dz. Wien, 15. Juli. Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Frauenliga für Friede und Freiheit verlas der Präsident ein Schreiben des österreichischen Bundeskanzlers, in dem er u. a. erklärte: Der Friede und die Freiheit zugleich müssen die unerläßlichen Voraussetzungen für jegliches Gedeihen der jungen österreichischen Republik sein. Oesterreich brauche den Frieden. — Frieda Perlen-Deutschland schlug eine Resolution vor: Die Frauenliga wolle beschließen, daß die internationalen Büros und die nationalen Sanktionen zur Förderung ihrer Ziele jede Gelegenheit wahrnehmen sollen, die der Völkerbund oder eine andere politische, industrielle oder kulturelle internationale Organisation darbiete.

Kirche und Schule.

— Koblenz, 15. Juli. Der Hochw. Herr Pfarrer Weigand von St. Joseph wurde vom Hochwürdigsten Herrn Bischof zum Dekan des Dekanates Koblenz ernannt.

× Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet

wird uns geschrieben:

Wir haben in unserem Antwortschreiben an die Gewerkschaften keineswegs angegeben, daß die Bauarbeiter mit ihren jetzigen Löhnen nicht auskommen können. Aus freien Stücken sind die gewiß, welche mehr Akkordarbeiten ausführen. Diese Ausnahmen ist keineswegs ein Verstoß gegen den Tarifvertrag, zumal das Tarifamt am 11. über diese Frage folgenden Spruch fällte:

„Akkordarbeit ist zulässig bei freier Vereinbarung" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Man wird vollkommen sachlich viele Ersparnis des Arbeitsentgelts durch Akkordarbeit und mittels durch Schaffung und Vermehrung der Gütermenge nur begrüßen können. Da die Akkordsätze gemeinschaftlich festgelegt werden, kann von einer Benachteiligung und Uebervorteilung der Arbeiter nicht gesprochen werden. Mit unseren Darlegungen der Teuerungsgründen der Stadt Saarbrücken, die noch den Richtlinien und Grundsätzen des Reichsstatistischen Amtes aufgestellt werden, soll über das Existenzminimum nichts ausgesagt werden. Ohne Beweiskraft liegt ebenmäßig darin, daß die Ausgaben für Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung, — wobei sie jedoch bei den Artikeln in einzelnen so gering angesetzt sind — im Dezember 1920 1218 Mk., dagegen im Monat Mai 1936 Mk. und im Monat Juni 1980 betragen. Die Befriedigung dieses bezeichnen Bedarfes war nämlich im Dezember teurer als heute, auf der anderen Seite sind die Preise für Schuhe und Kleider zum mindesten nicht gestiegen, denn in die Feststellung fällt der Preisrückgang der weltmarktgängigen Waren, wie Textilien, Leder, Fette usw.

Wir behaupten also, die Lebenshaltungskosten sind seit Dezember nicht gestiegen. Der gewisse Anlaß der Bedenkenden sind mit heraus, Rechnung zu tragen durch die Einführung eines soziale-gerechteren Lohnes; eine Erhöhung der Löhne der Jugendlichen ist für uns nicht diskutierbar. Auf der anderen Seite ist die Erwägung nicht von der Hand zu weisen, daß durch eine weitere Erhöhung der Bauhöfe, die heute das 15—18fache der Friedenspreise betragen, die geringe Baulustigkeit völlig zum Stillstand kommt.

× Lohnbewegung in der Keramindustrie.

Der Berufsverband deutscher Keramarbeiter schreibt:

Nach einem am Montag in der Konferenz in Mettlach einstimmig gefaßten Beschluß der Ortsleitungen hinsichtlich der Keramindustrie verschiedener Organisationen wurde der Schlichtungsausschuß Saarlouis zur Entscheidung angerufen.

Am Mittwoch fand dann unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Müller, Kreissyndikus Saarlouis, eine Aussprache zwischen Vertretern der Verbänden und den Betriebsleitungen der Firma statt.

Als Ergebnis dieser Sitzung ist zu verzeichnen, daß die Firma ihren früheren Standpunkt, Oberhaupt nicht mit den Organisationen zu verhandeln, fallen gelassen hat und sich grundsätzlich bereit erklärte, unter allen Umständen am Samstag in den festgelegten Verhandlungen zu erscheinen und mit den Organisationen zu verhandeln.

Hoffentlich verfährt die Firma die Zeichen der Zeit zu deuten und gelingt es am Samstag, zu einem Ergebnis zu kommen.

Ueber die Frage, daß für die Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit von der Industrie alles getan werden muß, um die ungeheure Notlage der Bevölkerung zu bedeben, dürfte wohl Klarheit herrschen. Die Vertrauensleute der einzelnen Betriebsräten haben sich ihre endgültige Stellungnahme bis Samstag nachmittag vorbehalten.